

Wer mehr als eine Sprache spricht und sich in verschiedenen Kulturen bewegen kann, ist für die globalisierte Welt gut gerüstet. Ein Pfund, mit dem junge Migranten wuchern können.



BILD: IMS MAURESCOP

Nicht Leitkultur, sondern Streitkultur

Erfolgreiche Integration erfordert Anstrengungen sowohl von Migranten als auch von Einheimischen / Von Josef Freise

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kultur, Religion und Weltanschauung führt in den globalisierten Gesellschaften zu Konflikten und Belastungsproben. Die Ursachen für das Konfliktpotenzial liegen oft sicher eher in ökonomischen und sozialen Zusammenhängen wie Arbeitslosigkeit und fehlendem Wohnraum, aber die kulturellen Unterschiede färben diese Konflikte und müssen thematisiert werden.

In Deutschland ergeben sich insbesondere Konflikte mit islamischen Gruppen. Dabei geht es nicht nur um das Kopftuch: Einzelne muslimische Eltern zögern, ihre Kinder in Kindertagesstätten anzumelden, was zu vermindertem Spracherwerb und schlechteren Bildungschancen führt. Streng islamische Eltern melden ihre Kinder vom Sexualkundeunterricht, vom Schwimmen und von Klassenfahrten ab. Muslimische Angehörige wollen Tote nach ihren eigenen Regeln und Riten waschen, aufbahren und (ohne Sarg nach Mekka ausgerichtet) beerdigen. Muslimische Tradition fordert beim Töten von Tieren das betäubungslose Schlachten ("Schächten"). Das deutsche Tierschutzgesetz schreibt vor, dass das Tier vor dem Töten betäubt werden muss, um Schmerzen der Tiere auszuschließen. Eine kleine Gruppe von Muslimen will ihr Leben an einer eng verstandenen muslimischen Gesetzgebung ("Scharia") ausrichten, deren Interpretation mit Grundrechten kollidiert: Wie reagiert der deutsche Rechtsstaat, wenn der Ehemann seiner Frau verbietet will, den Führerschein zu erwerben, und wenn ein Mann seine Zweitfrau nach Deutschland holen will?

Im Jahr 2000 brachte der damalige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz den Begriff der „deutschen Leitkultur“ in die öffentliche Diskussion und forderte von Migranten die Anpassung an die christlich-abendländische Werteordnung. Ursprünglich war der Begriff der Leitkultur von dem aus Syrien eingewanderten Politologen Bassam Tibi verstanden worden, der anders als Merz damit keine deutsche Leitkultur christlicher Werte bezeichnen wollte, sondern eine europäische Leitkultur, die Menschen verschiedener Religion und Weltanschauung auf der Basis europäischer Werte miteinander verbindet. Als europäische Werte gelten u. a. „die Redefreiheit, die Religionsfreiheit, die Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Bildung, das Recht auf Information, der Schutz der Privatsphäre und das Asylrecht“ (Mintzel).

Verschleierung und Schwulenehe

Auf der Basis dieser Werteordnung sind dann aber auch kritische Anfragen an kulturell und religiös geprägte Lebensweisen zu stellen, die beispielsweise die Gleichberechtigung der Frau oder die Möglichkeit, seine Religion zu wechseln, in Frage stellen. In solchen Fällen stößt kulturelle Vielfalt an ihre Grenzen, und Konflikte müssen dann ausgetragen werden, gegebenenfalls auch vor Gericht. Dazu gehören z. B. auch Konflikte zwischen Tierschutz und freier Religionsausübung sowie zwischen Schulpflicht und Elternrecht.

Die Frage, ob die Gesellschaft eine kulturelle Vielfalt zwanglos gelten lassen oder die Bindung an eine Leitkultur fordern soll, stellt keine Alternative dar. Wir brauchen sowohl kulturelle Vielfalt als auch eine Diskussion darüber, welche Grundwerte für alle Mitglieder der Gesellschaft verbindlich sind.

Es stellt sich die Frage, wie die deutsche nationale Identität mit ihren neueren „hybriden“ Zweigen der Aussiedlerdeutschen, den deutsch-türkischen Familien, den islamischen Vereinen, aber auch mit den neuen eingetragenen homosexuellen Partnerschaften zu einer nationalen Identität „vernäht“ werden kann. Dabei wird es nicht mehr darum gehen, zu einem alles umfassenden Konsens zu kommen. Die Spannweite beispielsweise zwischen deutschen streng muslimischen Frauen, die Männern nicht die Hand geben, und eingetragenen homosexuellen Paaren ist so groß, dass es schon sehr viel bedeutet, wenn ein geregeltes Nebeneinander in gegenseitiger Akzeptanz erreicht wird. „Wir sollten nationale Kulturen nicht als etwas Einheitliches,

sondern als einen diskursiven Entwurf denken, der Differenzen als Einheit oder Identität darstellt“ (Stuart Hall).

Hier hat die Soziale Arbeit die Aufgabe, durch interkulturelle Konfliktvermittlung einvernehmliche Regelungen zu suchen. Was anstelle einer statischen Leitkultur in der mehrkulturellen Gesellschaft gebraucht wird, ist die Entwicklung einer Streitkultur. Lehrer/innen und muslimische Eltern müssen das Gespräch miteinander suchen, wenn Kinder vom Schwimmen, vom Sexualkundeunterricht und von Klassenfahrten abgemeldet werden sollen. Den Eltern darf das Abmelden nicht aus dem Wunsch heraus, Konflikte vermeiden zu wollen, zu leicht gemacht werden. Sie müssen im Gespräch mit der Bedeutung konfrontiert werden, die diese Schulaktivitäten für ihre Kinder haben. Zugleich sollten Lehrer/innen den Sexualunterricht, den Sportunterricht und die Klassenfahrten kulturell sensibel gestalten und um Vertrauen bei den Eltern werben.

Wünschenswert wäre es, wenn in Deutschland eine Streit- und Begegnungskultur entstünde, in der Menschen miteinander in all ihrer Unterschiedlichkeit leben, sich gegenseitig respektieren, aber auch unumgängliche Konflikte austragen, ohne den Kontakt zueinander zu vermeiden und Vorurteile gegeneinander aufzubauen.

Vielfach wird immer noch unter dem Begriff der Integration eine vollständige Assimilation verstanden. Integration macht jedoch nur dann Sinn, wenn sie zweiseitig erfolgt.

Auf der intrapersonalen Ebene geht es für Migrant/innen z. B. darum, ausreichende Sprachkenntnisse zu erwerben und die Umgangsformen und Normen der Aufnahmegesellschaft zu kennen und mit zu vollziehen. Psychologische Forschungen machen aber auch deutlich, dass Migrant/innen in der Regel nur dann zu einer gelungenen Integration finden, wenn sie eine bikulturelle Identität entwickeln. Das Abspalten eines Teils der kulturellen Lebensgeschichte kann psychische Störungen verursachen. Bikulturelles Bewusstsein bedeutet, dass Migrant/innen nicht ihre Herkunft verleugnen müssen, wenn sie sich im Einwanderungsland integrieren. Sie lernen, mit beiden Welten zu leben.

Integration stellt aber auch an die Einheimischen die Anforderung, die Lebenswelt der Migrant/innen kennen und schätzen zu lernen. Dies geschieht am ehesten über persönliche Beziehungen. Die Shell-Studie „Jugend 2000“ hat die besondere Bedeutung der Schule als Begegnungsort zwischen Einheimischen und Migrant/innen hervorgehoben, und hier könnte noch viel mehr bewusst reflektierte Begegnung gefördert werden.

Integration beinhaltet darüber hinaus die strukturelle Komponente: Hier ist die Partizipation der Migrant/innen am öffentlichen Leben ein wichtiges Merkmal der Integration. Eine Voraussetzung für gleichberechtigte Partizipation ist das Wahlrecht. Damit ist die Aufforderung an die Einwanderungsgesellschaft benannt, Rechts- und Chancengleichheit sowie Ähnlichkeit der Lebenslagen in zentralen Lebensbereichen herzustellen. Dazu gehört ganz allgemein die Anerkennung, Wertschätzung und Berücksichtigung der Kompetenzen von Migrant/innen.

Türkisch als zweite Fremdsprache müsste zumindest in Großstädten regelmäßig an Schulen angeboten werden, und islamischer Religionsunterricht muss ein Regelangebot werden. Die Bedeutung der doppelten Staatsangehörigkeit für eine gelungene Integration kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden. Die derzeitige Regelung ist für viele Migrant/innen nicht akzeptabel: Viele wollen z. B. ihre türkische Staatsangehörigkeit für den Fall nicht verlieren, dass hier in Deutschland Fremdenfeindlichkeit so sehr zunimmt, dass sie dann doch das Land verlassen müssen. Andere empfinden es als Verrat an ihren Eltern, wenn sie die Staatsangehörigkeit ihres „Mutterlandes“ Türkei aufgeben.

Für die Einheimischen haben die Forderung nach einem erweiterten Wahlrecht für Migrant/innen und nach Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit natürlich zur Konsequenz, dass sie Macht und Einfluss zu teilen haben. Integration stellt sich als ein vielschichtiger Prozess dar, der Bemühungen von allen Bevölkerungsgruppen voraussetzt: Migrant/innen müssen die Sprache des Einwanderungslandes erlernen, um am öffentlichen und kulturellen Leben partizipieren zu können. Sie müssen sich an die Gesetze halten und die in der Landesverfassung und demnachst in der europäischen Verfassung enthalte-

nen Grundoptionen (z. B. die Gleichberechtigung der Frau und die Trennung von Staat und Religion) akzeptieren und mit vollziehen.

Die einheimische Bevölkerung muss den Zugewanderten Partizipationsrechte einräumen und ihnen die Möglichkeit kultureller Integrität gewähren. Zur kulturellen Integrität gehört die Möglichkeit, auch im Gastland die eigene Sprache zu sprechen und die eigene Kultur pflegen zu können, soweit diese nicht den Grundoptionen und Grundrechten in der Einwanderungsgesellschaft widerspricht. Migrantensprachen sind in den Schulen bei Bedarf zu lehren; Moscheen werden zunehmend das Bild der deutschen Städte prägen.

Von wirklich gelungener Integration werden wir aber erst dann sprechen können, wenn darüber hinaus regelmäßige Begegnungen zwischen Menschen und Gruppen unterschiedlicher kultureller Herkunft auf allen Ebenen unserer Gesellschaft selbstverständlich geworden sind.

Wer bin ich und wer bin ich nicht?

Im Prozess der Identitätsentwicklung sehen sich Kinder und Jugendliche vor eine doppelte Aufgabe gestellt: Sie sollen in die Gesellschaft hineinwachsen und Beziehungen zu anderen Menschen und Gruppen entwickeln („soziale Identität“), und sie sollen ihr eigenes unverwechselbares Selbst („personale Identität“) entfalten, indem sie sich unterscheiden machen und dabei auch von anderen abgrenzen. Zur Identität gehört es zu wissen, wer ich bin und wer ich nicht bin. Identitätsfindung stellt für Jugendliche generell einen hochkomplexen Prozess dar.

Die „mehrkulturelle Identität“ bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird vielfach noch als Hinderungsgrund für die notwendige Integration in die Gesellschaft gesehen. Dabei könnte sie im Gegenteil ein Modell für die Sozialisation der Zukunft sein. Angesichts der Globalisierung und des Zusammenwachsens der Volksgemeinschaften und Kulturen stehen Menschen mit monokultureller Identität viel mehr in der Gefahr, nicht mehr zukunftsfähig zu sein. Jeder muss heute in der Lage sein, sich in Menschen anderer Lebensgewohnheiten und Denkweisen hineinversetzen zu können und jeder sollte heute mehr als nur seine Muttersprache sprechen können. Insofern sind Zugewanderte mit mehrkultureller Identität monokulturell geprägten Einheimischen ein Stück voraus.

Es wäre zu untersuchen, inwieweit ein unbewusstes Unterlegenheitsgefühl bei Einheimischen Abwehr und Diskriminierung der Zugewanderten produziert. Fakt ist jedenfalls, dass zugewanderte Jugendliche in Schule und Ausbildung benachteiligt sind, dass sie individuell und strukturell diskriminiert werden, dass ihre Ressourcen nicht hinreichend einbringen können und dass sie in den „Endstationen der Jugendhilfe“ als „Problemfälle“ überdurchschnittlich häufig vertreten sind.

Aus diesem Grunde ist der Jugendarbeit mit ihren präventiven Wirkungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Kulturhomogene Peer-group Angebote und integrative, interkulturelle sozialpädagogische Ansätze sind parallel zueinander zu entwickeln und müssen miteinander verzahnt werden. Was an diesen Stellen gespart wird, wird in der nachsorgenden Jugendhilfe doppelt und mehrfach wieder ausgegeben, wenn zugewanderte Jugendliche alleine keinen Weg in die Gesellschaft finden und wenn rechtsgefährdete Jugendliche sich gewalttätigen und rechtsradikalen Gruppen anschließen.

Die Jugendhilfeeinrichtungen sind noch nicht hinreichend auf die notwendige kulturelle Öffnung vorbereitet. Es fehlen in den Teams der Jugendhilfeeinrichtungen Teammitglieder mit Migrationshintergrund, die die Muttersprache der Migrant/innen sprechen und ihre Lebenswelt besser verstehen können. Diese Teammitglieder fehlen auch für die kollegiale Beratung im Team, wo Konzeptionen der kultursensiblen Jugendhilfe fortzuentwickeln sind. Gefordert sind nicht zuletzt die Hochschulen, die zu interkultureller Kompetenz qualifizieren müssen und die selbst auch verstärkt Studierende mit Migrationshintergrund in ihre Ausbildungsgänge einbeziehen sollten.

Deutsche und türkische Jugendliche des Berufsbildungszentrums Lebach (Saarland) machen gemeinsam Pause.

ANZEIGE

tendence lifestyle
Internationale Frankfurter Messe

26. – 30.8.2005

„fresch“ in the city – das Design-Event im Freien

Events, Ideen, Inspiration. Geben Sie sich nicht mit weniger zufrieden.



Messe Frankfurt

DER AUTOR



BILD: PRIVAT

Prof. Dr. Josef Freise, Jahrgang 1951, ist an der Kölner Abteilung der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen Dekan im Fachbereich Sozialwesen. Er ist Er-

ziehungswissenschaftler und Theologe. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind interkulturelle Trainings, der interreligiöse Dialog, Jugendbildung und Jugendsozialarbeit. Der dokumentierte Beitrag basiert auf seinem sechsten im Wochenschau Verlag erschienenen Buch „Interkulturelle Soziale Arbeit. Theoretische Grundlagen – Handlungsansätze – Übungen zum Erwerb interkultureller Kompetenz“.

BER

DAS BUCH

Josef Freise:
Interkulturelle Soziale Arbeit. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2005.
ISBN 3-89974203-6, 254 S., 18,80 Euro.



REDAKTION

REDAKTION: Katharina Sperber
INTERNET: www.fr-aktuell.de
E-MAIL: doku@fr-aktuell.de
TELEFON: 069/2199 3673; FAX: 069 2199 3720
DIESE DOKUMENTATION IST ZIRKA VIER WOCHEN LANG KOSTENLOS ABRUFBAR UNTER DER INTERNETADRESSE DER Frankfurter Rundschau

Frankfurter Rundschau

Verleger bis 1973: Karl Gerold

Druck und Verlag:
Druck- und Verlagshaus
Frankfurt am Main GmbH

Chefredakteur:
Dr. Wolfgang Storz

Stellvertretende Chefredakteur:
Axel Bernatzki, Stephan Hebel

Verantwortliche Redakteure: Arnd Festerling (Politik); Burkhard von Pappenheim (Nachrichten); Christoph Albrecht-Heider (Ressort Reportage); Harry Nutt (Feuilleton/Medien); Werner Balsen (Wirtschaft); Stefan Kuhn (Hessen/Rhein-Main); Corinna Willführ (Frankfurt); Ulrike Spitz (Sport); Martin Scholz (Magazin); Janko Puls (Online); Hiltrud Thöne (Produktion & Gestaltung).
Weitere leitende Redakteure: Dr. Matthias Arning, Lutz Fischer, Ulrike Füssel, Claus-Jürgen Göpfert, Regine Herrmann, Astrid Hölcher, Monika Kappus, Karl-Heinz Karisch, Brigitte Kols, Christian Thomas, Mario Müller, Daniel Rieger, Ursula Rüssmann, Katharina Sperber, Brigitte Spitz, Pitt von Bebenburg, Joachim Wille, Ausbildung: Werner Neumann; sämtlich Frankfurt am Main.
Berliner Büro: Knut Pries, Dr. Richard Meng (stellv.).
Redaktion und Verlag, Postanschrift: D-60266 Frankfurt am Main, Hausadresse: COLOSSEO, Walther-von-Cronberg-Platz 2-18, 60594 Frankfurt am Main, Telefon 0 69 / 2199 1. Telefax Anzeigen: 131 00 30; Vertrieb: 21 99 32 64; Internet: www.fr-aktuell.de.
Berliner Büro: Reinhardtstraße 33, 10117 Berlin, Telefon 030 / 280 05-0.

Geschäftsführer:
Hans Peter Volz,
Jens Berendsen

Verantwortlich für Anzeigen:
Alexander Neetzow
Herstellung: Dr. Thomas Göbler
Vertrieb und Logistik: Sönke Reimers
Sämtlich: Frankfurt am Main

Anzeigenpreise laut Liste Nr. 62 vom 1. Januar 2005. Erscheint täglich außer sonn- und feiertags. Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung in Hessen € 28,75; Trägerzustellung übriges Bundesgebiet und Postbezug € 30,95; ermäßigter Bezugspreis für Studierende, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende und Auszubildende € 17,75 (gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung); alle genannten Preise inkl. 7 % Umsatzsteuer. Monatsbezugspreis Ausland: Streifband € 36,70; ermäßigter Bezugspreis € 23,45; Luftpostpreise auf Anfrage. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung. Für unverlangte Einsendungen übernehmen wir keine Verantwortung. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages ist unzulässig und strafbar. Insbesondere ist die Einspeicherung und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer Form vertriebenen Zeitung in Datenbanksystemen ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Alle Rechte vorbehalten. Druck: Druckzentrum Neu-Isenburg, Rathenaustraße 29, 63263 Neu-Isenburg. Gerichtsstand: Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau (USPS 011-355) is published daily by Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, 60266 Frankfurt am Main. Periodicals postage paid at Champlain N.Y. and additional mailing offices. Address changes should be sent to IMS of N.Y., 100 Walnut St. #3, P.O. Box 1518, Champlain, N.Y. 12919-1518. For details call: IMS at 1 (800) 428-3003.